

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten  
Verleger: Carl Neubauer  
Redaktion: Poststraße 10  
Telefon: 2111

Bezugspreis vom 1. bis 15. März 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 M.  
Vollbezugspreis ist Monat März 3,40 M., einm. 90 Pf. Postgebühr ohne Verrechnungsgeld.  
Einzelnummern 15 Pf., außerhalb Dresdens 40 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Gebühren berechnet: die normale 30 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Werbeanzeige  
20 Pf., außerhalb 25 Pf., Cigarettenwerbung 20 Pf. Anzeigen für Bücher gegen Vorzahlung

Dred. u. Verlag: Siegel & Reichardt,  
Dresden, Wilsdruffer-Str. 10/11  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
Dresdn. Nachr.-Anst. Nr. 103  
Schriftgröße werden nicht aufgeführt

**Konditorei Schmori**  
Wilsdruffer Straße 20  
Amalienstraße 8-10  
**Butter-Pfannkuchen**  
Dresdens größter Konditoreibetrieb!

**Oefen und Herde**  
kauft man preiswert im Fachgeschäft!  
**Chr. Garms** Inh. W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13  
Fernspr. 16202 Nähe Postplatz 13  
Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gasherde  
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

**Englischer Garten**  
Das Restaurant von Weltruff  
Ringstr. 32 Fastnachts-Souper  
Telephon 13333  
Städtische Weinhandlung  
Austernversand

## Parteilührerbesprechung bei Hindenburg

### Notopfer zur Rettung des Kabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. März. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute vormittag nacheinander den Führer der Zentrumspartei, Dr. Brüning, und den Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz. Wie an zuständiger Stelle verlautet, hat der Reichspräsident gegenüber beiden Herren der Meinung Ausdruck gegeben, daß dem Gedanken eines Notopfers zuzustimmen sei, weil es im Sinne der Volksgemeinschaft liege, wenn die leitenden Stellen des Volkes ein Opfer für die Erwerblosen brächten.

Zwar sagt man in der Wilhelmstraße hinzu, daß der Reichspräsident weit davon entfernt sei, sich in den Streit der Parteien einzumischen, und lediglich seine Meinung als Staatsbürger geäußert habe. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß eine solche Meinungsäußerung Hindenburgs ein hochpolitischer Akt ist, durch den eine Regierungskrise verhindert werden soll.

Die Deutsche Volkspartei ist dadurch in eine sehr schwierige Lage gekommen. Praktisch bedeutet die Stellungnahme Hindenburgs einen Befehl, und es wird schwer sein angesichts dieses Voranges, den Widerstand gegen die Politik der Linken fortzusetzen.

Aus Gründen der Rechtlichkeit müssen jedoch verschiedene Gesichtspunkte hervorzuheben werden. Einmal handelt es sich bei dem Notopfer darum, daß 100 Millionen loth und diese 100 Millionen Reichsmark, die infolge der sozialdemokratischen Finanzpolitik vor allem entstanden sind nun plötzlich auf Kosten anderer Bevölkerungsteile abgedeckt werden sollen. Man könnte einer solchen Absicht dann zustimmen, wenn eine wirkliche Sanierung der Reichsanhalt für Arbeitlosenversicherung unmittelbar daran anknüpft sei, aber nach Lage der Dinge ist an eine Sanierung nicht gedacht und deshalb wird immer wieder von Zeit zu Zeit eine neue Aktion zur Auffüllung der Defizitlöcher der Reichsanhalt notwendig werden.

Es würde damit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen sein und für die Linke geradezu ein Freibrief entstehen, durchgreifende Sanierungen hinauszuschieben und das Loch in der Kasse durch Notopferaktionen zu stopfen. Unter diesem Gesichtspunkte ist das Eingreifen des Reichspräsidenten,

das wohl auf starken sozialdemokratischen und Zentrumsdruk zurückzuführen ist, zwar ein Zeugnis der tiefen sozialen Einstellung Hindenburgs, das aber auf der anderen Seite von der Linken sicherlich nicht im Sinne des Reichspräsidenten ausgewertet werden dürfte.

Demgegenüber verlautet über die Gestalt, die das Notopferprojekt annehmen soll, jetzt noch folgendes: Es soll ein Zuschlag von etwa 1% Prozent auf die Einkommensteuer der Beamten und Angestellten erhoben werden. Die ursprünglich vorgesehene Grenze von etwa 700 Mark Monatslohn soll wesentlich herabgesetzt werden, so daß selbst schon Monatslohn von 250 Mark vom Notopfer erfaßt würden. Für Gehälter bis zu 250 Mark würde demnach ein Zuschlag nicht erhoben werden. Nach vorläufigen Schätzungen würde die fehlende Summe von 100 Millionen, die auf diese Weise erzielt werden soll, nur um ein geringes überschritten werden. Ob der Plan, die durch das Notopfer hereinzuholende Summe im nächsten Jahr durch entsprechende Steuererleichterungen sozialogen zurückzahlen, aufrechterhalten werden kann, ist eine Frage, die im Moment noch ganz ungeklärt ist. Anzeichenend wird man diese Frage erst bei Aufstellung des nächsten Etats der Beantwortung zuführen.

### Die Reichstagsfraktion der Volkspartei telegraphisch einberufen

Berlin, 1. März. Im Anschluß an den Empfang ihres Parteivorstehenden Dr. Schulz beim Reichspräsidenten hielt der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei heute mittag eine Sitzung ab, in der Dr. Schulz über seinen Besuch Bericht erstattete. Als Ergebnis dieser Besprechung wird mitgeteilt, daß sich

an der Haltung der Deutschen Volkspartei zum Notopfer nichts geändert

habe. Der Fraktionsvorstand hat beschlossen, die Reichstagsfraktion auf den morgigen Sonntag nachmittags 5 Uhr telegraphisch einzuberufen.

### Erfolg verpflichtet

Da sagt man immer, daß die Länderpolitik mangelnd großer Ereignisse langweilig geworden sei. Und doch zeigt sie auch in kleinen Verhältnissen immer neue Seiten. Eben hat sich in Sachsen die politische Bühne mit gewaltigem Aufbruch gekehrt. Alte Bindungen sind gerissen, neue knüpfen sich an. In und zwischen den Parteien hat ein großes Tauziehen begonnen. Die einen wollen nach links, die anderen nach rechts. Während aber sonst bei solchen Kraftproben auch in der politischen Arena die härteren Battalione den Ausschlag geben, ist es in der Sachsenpolitik gerade umgekehrt. Je kleiner die Partei, um so größer ihr Einfluß. Der Parlamentarismus als vollgewollte Mehrheitsherrschaft hat hier mit einem sonderbaren Salto mortale seinen Sinn ins Gegenteil verkehrt. Fünf Nationalsozialisten auf der einen Seite und vier Demokraten auf der anderen halten das Schicksal des Landes in der Hand. Und weil sie nicht zusammenpassen und sich gegenseitig nicht leiden mögen, drehen wir uns mit unserer Rolle im Kreise.

Tadel ist nicht wegzuzugucken, daß die politische Unzulänglichkeiten auf der linken Seite noch größer ist als auf der rechten. Wenn die Nationalsozialisten gegen einen demokratischen Innenminister Einspruch erheben, dann geben die Demokraten noch weiter und halten es mit ihrer Würde nicht vereinbar, mit den "Nazis" - wie sie im Volksmund heißen - irgendetwas Regierungsgemeinschaft einzugehen, auch wenn sie noch so losse ist. Obwohl unsere "linken" Sozialdemokraten in Sachsen, mit denen sich die Demokraten koalitionsmäßig verheiratet wollen, in Ton und Gebärde gewiß nicht zarter sind als die in ihren Augen unmöglichen Hitlerleute. Man versteht es, daß alte Parteien mit einer stolzen Tradition neu aufstrebende Bewegungen als politische Parvenüs misshandeln und sich ihnen gegenüber in Reserve halten. Aber mit diesem vornehmen Sich-einander-nicht-Kennen oder gar mit einem politischen Boykott kommt man an den Problemen nicht vorbei, die der Nationalsozialismus der Gegenwart stellt. Er ist ebenso wie die Demokratie auf parlamentarischem Boden aus dem Volkswillen erwachsen, und wenn er jetzt an seinem 10. Geburtstag trotz harter Rückschläge sich in hümmlichem Fortschritt eine Stellung erobert hat, die sich zunächst in einigen Länderparlamenten - später vielleicht auch im Reichstag - in wachsendem Einfluß auswirkt, dann sollte man sich nicht mit Schimpfen begnügen, sondern den Ursachen dieser Erscheinung nachgehen und daraus für sich Lehren ziehen. Mit der Bedenkenart, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not, wie wir sie jetzt durchleben, der Reiz des Radikalismus blüht, ist noch nichts erklärt. Wir beobachten daß bei den letzten Wahlen in Ländern und Gemeinden die Sozialdemokratie fraktionär geblieben und daß der Kommunismus trotz des Nadaus, den er auf den Straßen macht, zahlenmäßig zurückgegangen ist. Nur der Rechtsradikalismus hat Fortschritte gemacht, und zwar in so hartem Maße, daß er die Parteiendemokratie längst überflügelt hat. Warum hat der demokratische Gedanke, der nach dem Kriege das deutsche Volk begeistern konnte, seine Zugkraft verloren, und warum hängen sich einmal die Parolen der Hakenkreuzler? Es muß doch etwas darin liegen, was der Stimmung und den vielleicht unbewußten Bedürfnissen der Massen entgegenkommt. Wo steckt das Geheimnis dieses Erfolges?

Wenn man eine nationalsozialistische Verbesserverfassung aufmerksam beobachtet, dann wird einem manches darüber klar. Da drängen sich Männer und Frauen aus den verschiedensten Ständen und Berufen, nicht nur jugendliche Heißsporne, sondern lebensgereifte Menschen aller Altersstufen, und lassen sich hinreißen von Empfindungen, die in zehnjähriger Tributknechtschaft fast in Vergessenheit geraten sind, die aber tief in jedem deutschen Herzen schlummern. Solche verhärtete Gefühle des Patriotismus auch in der marxistisch vernebelten Proletarierseele nachzurütteln, ist eine Kunst, die hier mit Erfolg geübt wird. Tadel sind die außenpolitischen Gedankengänge gewiß keine Realpolitik. Sie geben nicht von den vorhandenen Möglichkeiten aus und schleichen oft übers Ziel. Aber sie finden günstigen Boden, weil sie den Funken des Widerstandes gegen die Verachtungsliebe von außen zur lodernen Flamme entfachen, im Gegensatz zu der stumpfsinnigen Erfüllungspolitik, die sich resigniert in Deutschlands Sklavenrolle fügen will. Und ebenso zündet der mit manchen Übertreibungen betonte Gedanke der Wehrhaftigkeit. Die auch in Neuklerikalisten festhaltende Erinnerung, daß wir im Grunde doch ein waffenstarkes Volk sind, das im Laufe seiner Geschichte nicht gemocht war, jedes Unrecht willenlos über sich ergehen zu lassen, findet immer härten Widerhall. Wieder im Gegensatz zur demokratischen Ideologie, die sich nur allzu leicht einem frohenhermenden Pazifismus hingibt. Hier wird der totalitären Auffassung unserer Politik, daß man dem Bösen keinen Widerstand

## Massenflucht aus dem Sowjetreich

### Soldaten und Bauerncharren durchbrechen die polnische Grenze

Warschau, 1. März. Wie die „Express“ berichtet, hat gestern nacht bei Luninca eine aus 20 Soldaten bestehende Abteilung der Sowjetarmee unter der Führung ihres Kommandanten die Grenze überschritten und sich beim polnischen Volksgemeinschaft in Luninca gemeldet. Die Soldaten erklärten dort, daß sie sich schon seit längerer Zeit mit der Absicht getragen hätten, die Reihen der Roten Armee zu verlassen.

Die Soldaten würden in Sowjetrußland völlig ungenügend ernährt.

Weberdies hätte man sie neuerdings gegen die Bauern geführt, die sich gegen die Enteignungen verwehren wollten. Da die Soldaten daraufhin zum Teil den Gehorsam verweigerten und nicht gegen die Bauern kämpfen wollten, habe man die Disziplin darauf verstärkt, daß sie zu Sklaven herabgewürdigt würden.

Ein Teil der polnischen Presse bringt ferner Alarmnachrichten über massenhafte Grenzüberschreitungen weißrussischer Bauern aus Sowjetrußland nach Polen. Die Bauern flüchten aus ihrer Heimat wegen der von den Sowjetbehörden durchgeführten Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Die Sowjetregierungen seien auf das Dreifache verstärkt worden, um Grenzüberschreitungen zu verhindern.

Wer bei einem solchen Versuch ergriffen werde, würde von den Sowjetwachen unbarbarisch niedergeschossen. In Polen rechnet man damit, daß die Zahl der Flüchtlinge weiter ansteigen werde. In polnischen Regierungskreisen wird angeklagt der schweren Wirtschaftslage der Polen erwogen, ein Konzentrationlager für die Flüchtlinge zu schaffen. Weberdies soll auch die Ratten-Expedition für diese polnischen Flüchtlinge interessiert werden. Die Wirtschaftsbürokraten

der Grenzbezirke sind übrigens von der Regierung angewiesen worden, Delegierte an die Grenze zu entsenden, um genauere Informationen einzuholen.

Aus Moskau wird ferner berichtet, daß die Sowjets wie gegen die Religion, so folgerichtig auch gegen alle Kunst vorgehen, die sich ihrem Programm nicht durchwegs fügen will. So hat der Stabschef der Jermolowa schlichten lassen. Begründung: die Schauspielerei haben sich seit Begehen der Republik nur einmal an dem 1. März am 1. März tag der bolschewistischen Revolution beteiligt; sie haben Stücke von nicht ausgesprochen kommunistischem Charakter gespielt; sie haben die bolschewistische Ideologie vernachlässigt.

Die Petersburger Nikolaikathedrale, die schon lange in ein Museum umgewandelt wurde, wird der Schauplatz eines historischen Experimentes werden. Man wird in ihr nächsten den berühmten Pendelversuch wiederholen, den Foucault vor 70 Jahren im Pariser Pantheon vornahm. Es ist nicht recht einzusehen, was hierdurch erreicht werden soll, wenn nicht die demonstrative Verabwägung einer Kirche zum Experimentierland.

### Missionarmord in China

London, 1. März. Fünf von Banditen verschleppte Mitglieder einer katholischen Missionstation des Pingtaf-Bezirkes sind nach in der römisch-katholischen Station in Hongkong eingelangten Mitteilungen ermordet worden. Es handelt sich dabei um den Bischof Verfalla, einen Vater und drei chinesische Nonnen. Die Banditen hatten zuerst verurteilt, ob sie Geld für die Gefangenen zu erhalten und als ihnen das mitnehmen war, hatten sie kurz darauf alle fünf Personen ermordet. Der Bischof stammte aus Moskau und hatte in China 28 Jahre Missionstätigkeit hinter sich.